Nr. 106 XXVIII. Jahrgang

Freitag, 23. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 30.—. Bei Ziffern- oder Kunstlist 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Dänholm, das Asyl der Baltikumer

Von unsrer Berliner Redaktion

+ **Berlin**, 22. April. (Eig. Drahtbericht)

Zweifellos bilden die unter dem Befehl eigenmächtiger Offiziere stehenden Baltikumlandsknechte in den heute etwas ruhiger gewordenen Zeiten nach wie vor das beunruhigende Element. Noch immer treiben diese im Gebiet Norddeutschland verteilten Abteilungen unter ihren alten Kommandeuren ein Spiel, das mit Sorge betrachtet werden muß. Es scheint fast unmöglich zu sein, diese fliegenden Kolonnen auszulösen. Wie unter einem geheimen Einverständnis trotzen sie allen Befehlen der Regierung, die Waffen abzugeben und Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft zu suchen. Man ist bei Betrachtung dieser Zustände nur zu sehr versucht, Zusammenhänge anzunehmen zwischen dem trotzigen Verhalten dieser Truppen und der Verfügung des Generals v. Seeckt, daß Beschwerden über militärische Vorgänge von den untergeordneten Dienststellen an ihn anstatt an den Reichswehrminister weitergegeben sind. Auch die Beurlaubung des Majors v. Gilsa, des früheren Adjutanten des ehemaligen Reichswehrministers Noske, scheint darauf hinzuweisen, daß Minister Geßler gewisse vorhandene Widerstandszentren beseitigen will, um dadurch in der Reichswehr geordnete und reinliche Befehlsverhältnisse zu schaffen.

Wie notwendig eine Reform in der Heeresorganisation ist, geht besonders daraus deutlich hervor, daß die Lage in Pommern, einer Meldung des Sonderberichterstatters der „D. A. Z." zufolge, durchaus nicht so harmlos ist, wie die militärischen Berichte sie schildern. Der Vertreter der „D. A. Z." berichtet: „Man habe letzthin erfahren, daß die Marinebrigade auf dem hannoverschen Truppenübungsplatz Munster sich völlig als Herr der Lage fühle und keinerlei Anstalten treffe, um die anbefohlene Waffenabgabe auch tatsächlich durchzuführen." Man hört auch immer wieder davon, daß Offiziere verschiedentlich nach Pommern geschickt wurden, um die Gerüchte von Aufstapelung von Waffen und Mitteilungen über Umtriebe von militärischen Desperados auf ihre Richtigkeit hin zu untersuchen und daß sie nach alsdann erfolgter Prüfung erklärten, die Verhältnisse seien durchaus normal. Daß diese Berichte nicht vollkommen mit der Wahrheit in Einklang stehen, geht daraus hervor, daß jener Berichterstatter lediglich eine Scheinabgabe der Waffen durch die pommerschen Baltikum-Verbände feststellte. Tatsächlich sind die Waffen nachts wieder aus den Depots geholt worden.

Als besondere Domäne der Baltikumtruppen muß die befestigte Insel Dänholm bei Stralsund betrachtet werden. Wie es scheint, ist die Regierung nicht in der Lage, diese reaktionäre Schrittmachertruppe aus dem politischen Leben zu entfernen. Denn wer wollte leugnen, daß die Baltikumer ihrer ganzen Vergangenheit nach ausgesprochen regierungsfeindliche Tendenzen verfolgen? Auf Dänholm, das vom Festland für Zivil- und Regierungsbeamte abgesperrt wurde, und auf dem Truppenübungsplatz Trekow werden andauernd Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften neu eingekleidet und neu bewaffnet.

Man muß da einige Fragen stellen: Sind der Regierung diese Tatsachen bekannt? Hat sie sich davon überzeugt, daß diese Truppenabteilungen das Rückgrat einer autonomen Militäraristokratie bilden, die sich bereit hält, um zu gegebener Zeit dem Volkswillen wieder Gewalt anzutun? Weiß sie davon, daß diese Truppen lediglich selbstische Interessen verfolgen, die nicht die Interessen der Republik sind? Wer besoldet, verpflegt und bewaffnet sie? — Das deutsche Volk hat ein Anrecht darauf, zu erfahren, was die Regierung beabsichtigt, um diesem gefährlichen Treiben ein Ende zu bereiten. Unsre politische Lage gestattet uns ebensowenig eine gewerkschaftliche wie eine militärische Nebenregierung. Deshalb wird die Regierung doch wohl noch vor den Wahlen, die auf einige Desperados eine besondere Anziehungskraft ausüben könnte, jedes Machtmittel anwenden, um die für den inneren und äußeren Frieden Deutschlands schädlichen Umtriebe der Baltikumer ein für allemal zu unterbinden. Hoffentlich führt die unter Leitung des Reichswehrministers Geßler im Zuge befindliche Umorganisation des Reichswehrministeriums nun zu einem Ziele.

Die Räumung des Ruhrgebiets

ITA. **Paris**, 22. April. (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet: Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" in San Remo drahtet, man sei darin einig, Deutschland eine Frist von drei Monaten zur Räumung des Ruhrgebietes zu gewähren, man werde aber eine starke Verminderung der dortigen Truppen, die sofort vorgenommen werden soll, verlangen.

*

Die Alliierten im Ruhrgebiet

* **Krefeld**, 22. April. Die Ententekommission, die das Ruhrgebiet besucht und sich von den Zuständen dort überzeugt hat, erklärt in ihrem ersten Bericht, daß die deutschen Truppen das Gebiet noch nicht geräumt hätten. Es hätten wohl lediglich Truppenverschiebungen stattgefunden. Die Kommission habe im übrigen besonders festzustellen versucht, wo sich die großen Kriegsmaterialbestände befänden, doch wurden nirgends große Mengen derartigen Materials gefunden. Die Kommission empfiehlt, daß die unmittelbare Auslieferung des Materials bei der deutschen Regierung dringend gefordert würde.

⊙ **Genf**, 22. April. (Eig. Drahtbericht.) Das Pariser „Journal" meldet aus San Remo: Die Alliierten entsandten eine neue Kontrollkommission nach Deutschland zum Zwecke der wirtschaftlichen Sicherstellung der alliierten Ansprüche auf die Erträgnisse der deutschen Kohlengebiete.

Französischer Sieg in San Remo

Vollständige Entwaffnung Deutschlands

⊙ **Genf**, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) „Echo de Paris", „Temps" und „Journal des Debats" bringen gleichlautende Meldungen aus San Remo, die von einem Sieg der französischen Auffassung in der Auslegung des Friedensvertrages mit Deutschland sprechen. „Temps" schreibt: Mit geringen Abschwächungen hat sich Millerands Stellungnahme durchgesetzt, wofür Frankreich wichtige Zugeständnisse in der Orientfrage an England machte.

⊙ **Rotterdam**, 22. April. (Eig. Drahtbericht.) Eine „Times"-Depesche meldet aus San Remo: Die Konferenz hat die Vorschläge angenommen, die die vollständige Entwaffnung Deutschlands betreffen. Die Annahme erfolgte nach einem fünfstündigen Referat der Delegierten der Berliner Ententekommission einstimmig, nachdem zwei englische Zusatzanträge dem Gesamtantrag eingefügt worden waren.

⊙ **Zürich**, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Agentur Stefani meldet: Die Verhandlungen der Alliierten bewegen sich auf der Grundlage eines Kompromisses. Ein Verzicht auf wichtige Vertragsrechte gegen Deutschland konnte von den Alliierten nicht ausgesprochen werden.

*

Drohung mit wirtschaftlichen Maßnahmen

⊙ **San Remo**, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie in hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, kann bestimmt angenommen werden, daß der Oberste Rat in der Angelegenheit der Entwaffnung an Deutschland eine Note richten wird, die wirtschaftliche Drohungen enthalten wird, falls Deutschland sich weigern sollte, die Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Der französische Plan einer dauernden Besetzung des Ruhrgebiets wird überhaupt nicht erörtert werden. England und Italien stehen zu diesem Plan durchweg ablehnend und halten eine solche Maßnahme für undurchführbar. Die Kohlenlieferung an Frankreich soll dadurch gesichert werden, daß Deutschland wirtschaftliche Hilfe gewährt wird. Heute werden die alliierten Ministerpräsidenten über die von Deutschland gewünschte dreimonatige Verlängerung des Abkommens beraten. Wie aus französischer Quelle verlautet, sind Nitti und Lloyd George nicht abgeneigt, die Verlängerung zu gewähren. „Echo de Paris" warnt Millerand, dies zuzulassen. In den Meldungen der Pariser Presse tritt immer deutlicher die Besorgnis zutage, daß Millerand von seinen Premierkollegen in San Remo überrascht wird und daß es trotz der französischen Bemühungen doch zu einer militärischen Milderung des Versailler Vertrags kommen wird.

*

Drei deutsche Noten

* **Berlin**, 22. April. Aus San Remo wird gemeldet, daß die deutsche Abordnung der Friedenskonferenz drei Noten überreicht habe: 1. die Antwort der deutschen Regierung auf das Verlangen, die Einwohnerwehren aufzulösen; 2. die Auskunft über die Höhe der Truppenzahl in der neutralen Zone, die Regierung bittet darin die Entente, künftighin nicht mehr die Anzahl der Bataillone, sondern die genaue Zahl der Truppen zu bestimmen. Sie bittet auch darum, daß die Artillerie zahlreicher als bis jetzt festgesetzt werde und 3. fordert die deutsche Regierung, daß die Reichswehr auf das Doppelte des angebahnten Bestandes, also auf 200 000 Mann, gebracht werde. Sie ersucht ferner den Großen Generalstab, die Luftschiffahrts- und Eisenbahnkompagnien vergrößern zu dürfen.

*

Keine Räumung der Main-Städte

⊙ **Genf**, 22. April. (Eig. Drahtbericht.) Im französischen Kammeranausschuß teilte ein Regierungsvertreter mit, daß die Besatzung Frankfurts am Main 14 000, die Besatzung Hanaus 2000 und die Besatzung Darmstadts 15 000 Mann betrage. Vorbereitungen für eine Zurückziehung der Truppen seien weder eingeleitet, noch in Aussicht genommen.

*

Verkehrserleichterungen im Maingau

Das Wolff-Bureau meldet: Der kommandierende General der Rheinarmee hat verfügt, daß es zum Verkehr zwischen den neubesetzten hessischen Gebieten und dem unbesetzten Deutschland, ebenso wie umgekehrt, zur Einreise vom unbesetzten in das besetzte Gebiet keines militärischen Visums mehr bedarf. Die für die Erteilung eines Visums von den Verkehrsabteilungen in Darmstadt und Offenbach vereinnahmten Summen sind den Stadtverwaltungen dieser Städte zu wohltätigen Zwecken auszuhändigen.

*

Die Düsseldorfer Rheinbrücke

* **Düsseldorf**, 22. April. In der Stadtverordnetenversammlung teilte ein Stadtverordneter von der Deutschen Volkspartei mit, daß in diesen Tagen von belgischen Truppen Sprengkammern in den mittleren Pfeiler der Rheinbrücke getrieben würden, anscheinend mit der Absicht, im Falle einer Gefahr die Brücke zu sprengen. Der Oberbürgermeister entgegnete, daß die städtische Verwaltung bereits an den Reichsminister für Auswärtige Angelegenheiten das Ersuchen gerichtet habe, sofort Vorstellungen gegen die Maßnahmen zu erheben.

*

Die europäische Türkei für Griechenland

Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" berichtet aus San Remo, Venizelos habe, von England und Italien unterstützt, bei der Aufteilung der Türkei einen großen Teil erhalten. Griechenland werde die gesamte europäische Türkei mit Ausnahme der Bannmeile von Konstantinopel zugesprochen.

Kabinettskrise in Sachsen

Ministerpräsident Dr. Gradnauer wird im Laufe des Donnerstag dem Präsidenten der Volkskammer ein Schreiben zugehen lassen, worin er seinen Rücktritt erklärt. Wahrscheinlich wird der Rücktritt des Ministerpräsidenten Gegenstand der am heutigen Nachmittag stattfindenden Volkskammerverhandlungen sein.

*

Wie wir von sozialdemokratischer Seite erfahren, wird der Ministerpräsident in dem erwähnten Schreiben darauf hinweisen, daß er bereits vor vier Wochen in der sozialdemokratischen Volkskammerfraktion seine Absicht angekündigt hat, zurücktreten. Den Anstoß für die damaligen Rücktrittsabsichten hat, wie die „Dresdner Volkszeitung" erfährt, die Tatsache gegeben, daß sich Ortsgruppen der sozialdemokratischen Partei in Entschließungen mehr oder weniger scharf gegen die Regierung gewandt haben. Inzwischen hat sich — nach derselben Quelle — die Zahl der sozialdemokratischen Vereinigungen, die sich in solcher Weise geäußert und selbst den Rücktritt des Ministerpräsidenten und der Minister gefordert haben, wesentlich vermehrt. Diese Kreise haben die Ansicht, daß durch persönliches schärferes Eingreifen der Minister eine wesentliche Besserung der schwierigen Verhältnisse, besonders auch eine Milderung der Notlage, hätte herbeigeführt werden können. Die Minister aber halten diese Meinung für völlig irrig und sind der Ueberzeugung, daß eine Aufklärung durch den Ministerpräsidenten selbst eine andre, richtigere Erkenntnis über die tatsächlichen Ursachen der bestehenden Unzulänglichkeiten erreicht und so die Zwiespältigkeiten zwischen den sozialdemokratischen Parteikameraden und den Ministern in den politischen Bestrebungen beseitigt haben könnte. Da aber weder die Amtsführung noch der Gesundheitszustand den Ministerpräsidenten eine solche umfassende Aufklärungstätigkeit ermöglichen, sucht er die Lösung des zwischen den Ansichten seiner Parteigenossen und der Regierungspolitik bestehenden Konflikts durch seinen Rücktritt herbeizuführen.

Nach den Bestimmungen des § 14 des vorläufigen sächsischen Staatsgrundgesetzes hat der Rücktritt des Ministerpräsidenten automatisch den Rücktritt des gesamten Kabinetts zur Folge. Der künftige Ministerpräsident kann also das Kabinett völlig neu zusammensetzen, und zwar im Einvernehmen mit den maßgebenden Fraktionen der Volkskammer. Das gegenwärtige Kabinett wird, wie wir erfahren, bis zur Neubildung der Regierung die Amtsgeschäfte weiterführen. Von wohlunterrichteter demokratischer Seite wird uns über die Gründe des Rücktritts mitgeteilt, daß die Mehrheitssozialisten offenbar aus wahltaktischen Gründen glaubten, gewisse Personen fallen lassen zu müssen, die als Minister in der Frage der Demokratisierung der Verwaltung angeblich nicht schnell und energisch genug vorgegangen sind. Diese Gründe mögen parteipolitisch gesehen, einiges für sich haben, staatspolitisch jedoch erscheinen sie höchst unzureichend. Es kann unsrer Meinung nach in einem demokratischen Staate unmöglich angehen, daß irgendwelchen Stimmungsmomenten in der Bevölkerung ohne weiteres Rechnung getragen wird, ganz ohne Rücksicht auf die staatspolitischen Folgen, zumal wenn die Verstimmung in einem mehr oder weniger großen Teil der Bevölkerung nur darauf zurückzuführen ist, daß die Maßnahmen der Regierung nicht immer richtig und in gemeinverständlicher Form interpretiert werden. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, die eine Festigung der innerpolitischen Lage als außerordentlich wichtig erscheinen läßt, ist es darum sehr zu beklagen, daß zu einer Umbildung des Kabinetts geschritten werden muß. Soll denn eine Regierung, die bei ihrer Berufung von der Mehrheit des ganzen Volkes getragen wurde, nichts weiter zu tun haben, als fortgesetzt nach dem Beifall der Menge zu schielen? Besitzt eine Regierung dann noch die nötige Aktionsfähigkeit, gerade die Aktionsfähigkeit, die ja von ihren Kritikern so sehr verwirft wird, wenn sie immer und immer wieder auf Meinungen und Stimmungen Rücksicht nehmen muß? Jedenfalls: die ganze Art und die für den Außenstehenden mindestens auffällige Plötzlichkeit, mit der die Regierungskrisis in Sachsen, die seit dem Kapp-Putsch immer drohte, jetzt wirklich eingetreten ist, zeigt, daß eine Konsolidierung der Verhältnisse nicht möglich ist unter einem fortwährenden Druck, sei es von rechts, sei es von links. Das Streben einer Regierung, der allgemeines Vertrauen entgegengebracht werden soll, muß ganz offenbar das sein, Staatspolitik zu treiben und nicht Parteipolitik. Leider ist in diesem Punkt von der gegenwärtigen Regierung manches versehen worden.

In der „Dresdner Volkszeitung", dem Parteiorgan der Mehrheitssozialisten, gibt der frühere Finanzminister Nitzsche seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß man die gegebenen Möglichkeiten überschätzt, wenn man von den leitenden Ministern mehr erwartet, als seither auf den verschiedenen Gebieten geleistet worden ist. Die Ursachen der Mängel und der Notlage liegen noch ihm in den unsagbar schwierigen Verhältnissen, unter denen die Sozialdemokraten die Führung der Regierungsgeschäfte übernehmen mußten. Wesentlich anders, heißt es in diesen Ausführungen schließlich, hätten auch Minister, die eine ganz besondere und größere Tatkraft entwickelt hätten, die Zustände nicht gestalten können.

Die Folgen der Regierungskrise können natürlich zur Stunde nicht völlig übersehen werden. Bedauerlich bleibt in jedem Falle, daß gerade jetzt sich eine Umbildung vollzieht, wo eine Konsolidierung der Verhältnisse so dringend notwendig ist. Es wird von manchen Seiten behauptet, die Mehrheitssozialisten hätten die Absicht gehabt, zu ihrer, bekanntlich dieser Tage in Meißen zusammentretenden Landeskonferenz sich freie Hand zu schaffen, für die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der U. S. P. Dem ist aber, wie uns versichert wird, nicht so. Nach unsern Informationen ist die Koalition mit den Demokraten keineswegs in Frage gestellt. Die Demokraten in der Regierung und in der Partei stehen, wie wir hören, auf dem Standpunkt, daß ein Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung davon abhängt, wen die Sozialdemokraten als Ministerpräsidenten vorschlagen werden, und ob diese Persönlichkeit den Demokraten hinreichende Gewähr gibt, daß die Staatsautorität aufrechterhalten wird, und vor allem, ob die neuen sozialistischen Minister gewillt sind, die demokratische Linie einzuhalten und das zwischen den beiden Parteien vereinbarte Programm fortzuführen.

Die Personenfrage ist bei Lage der Dinge selbstverständlich noch völlig ungeklärt. Die „Dresdner Volkszeitung" teilt mit, daß bestimmte Entschließungen noch nicht gefaßt sind. Sie bezeichnet es jedoch als sicher, daß die Regierung nach wie vor aus sozialdemokratischen und demokratischen Vertretern in der bisherigen Anzahl zusammengesetzt sein wird und daß die Mehrzahl der jetzigen Minister der Regierung auch nach der Neubildung angehören wird. Nur der Minister des Innern, Uhlig, wird sicherem Vernehmen nach aus ungefähr denselben Gründen wie der Ministerpräsident dessen Beispiel folgen. Aber auch er wird bis zur Neubildung im Amte bleiben.

*

Die sächsische Sozialdemokratie am Scheidewege

Von Dr. Menke-Glückert, Mitglied der Sächsischen Volkskammer

Die latente Regierungskrise ist nun eine offene geworden. Schon seit längerer Zeit kriselte es in der sozialdemokratischen Partei Sachsens. Zwei Flügel rangen miteinander um die Herrschaft: ein gemäßigter, vertreten durch Männer wie Fellisch, Sindermann und die im Amt befindlichen Minister. Es sind Leute mit reicher politischer Bildung. Sie haben sich durch praktische Erfahrungen belehren lassen, daß die Verhältnisse der Wirklichkeit nicht so einfach sind, wie sie der Parteiredner in einer Versammlung gutgläubigen Zuhörern darstellt, und daß von der Aufstellung eines Programms bis zu seiner Ausführung ein weiter Weg ist. Ihnen gegenüber steht eine zweite Richtung. Ihr Hauptredner in der sächsischen Volkskammer ist der Chemnitzer Abgeordnete Fellisch. Ihm scheint jedes Zusammengehen mit den Bürgerlichen bedenklich. Die Not mag es erforderlich machen, aber im Grunde bleibt es ein Verrat an der Sache der Arbeiterschaft. Der von Fellisch geführte Flügel beklagt es, daß ein Riß in der Arbeiterschaft entstanden ist, und ihr Streben geht dahin, wieder eine gemeinsame Front der Arbeiterschaft herzustellen. Sie sind bereit, dafür mancherlei Konzessionen zu machen. In mancher Hinsicht nähern sie sich dem rechten Flügel der Unabhängigen, d. h. demjenigen Flügel, der wohl eine Räodiktatur erreichen will, aber auf Grund der normalen Entwicklung der Verhältnisse und nicht auf gewaltsamem Wege. Etwas zweifelhaft bleibt das Verhältnis zum linken Flügel der Unabhängigen, der seinerseits wieder mit den Kommunisten liebäugelt. Gegen sie ist die Trennungslinie etwas schärfer gezogen, aber selbst mit ihnen glaubt man zu einer Einigung kommen zu können, wenigstens hat der Abgeordnete Fellisch kürzlich in einer öffentlichen Versammlung erklärt, daß eine Vereinigung der drei Richtungen zu einer geschlossenen Arbeiterpartei das Ziel sein müsse.

Vom Anfang der Kammertagung an bekämpften sich die beiden Flügel innerhalb der Fraktion. Bei vielen Gelegenheiten trat dies zutage. Bis jetzt war es dem gemäßigten Flügel noch immer gelungen, sich zu behaupten, selbst in den Tagen des Kapp-Putsches war das der Fall. Sie bedeuteten für die Regierung wie für den rechten Flügel der sozialdemokratischen Partei die bisher schwerste Belastung. Es gab Augenblicke in diesen Tagen, wo dieser rechte Flügel am Unterliegen schien und die Regierung entschlossen war, zurückzutreten.

Die Forderungen, die aus Anlaß des Kapp-Putsches von den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft erhoben wurden, und die in den bekannten elf Punkten gipfelten, brachten dem linken Flügel außerordentliche Verstärkung. Ueberall gewann er an Boden. An der Bildung der Aktionsausschüsse war er stark beteiligt. Die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte von neuen zu erwartenden Putschen verschafften ihm immer mehr Mitläufer. In dem Maße, wie er sich verstärkte, erhob er immer lauter seine alten Forderungen. Die gegenwärtigen im Amt befindlichen Minister betrachtete man mit dem größten Mißtrauen. Sie galten als „verbürgerlicht", sie waren den Radikalen nicht mehr die klassenbewußten Vertreter der Arbeiterschaft.

Wie weit der Radikalismus der Mehrheitssozialdemokratie an Boden gewonnen hatte und wie weit die Annäherung an die Unabhängigen schon gediehen war, bewiesen dem Kundigen klar zwei Tatsachen: einmal die in Meißen stattgefundenen Besprechungen zwischen Vertretern der S. P. D. und der U. S. P. und die im Anschluß daran herausgegebene Mitteilung für die Presse, zum andern, die am vergangenen Sonnabend in Dresden stattgehabte Kreisdelegiertenversammlung des 6. Kreises und die im Anschluß daran vorgenommene Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag und zur Volkskammer. Lauter neue Namen tauchen in beiden Listen auf. Die alten Vorkämpfer sind gänzlich beiseite geschoben. Ministerpräsident Dr. Gradnauer, der an erster Stelle stehen sollte, begnügt in der Reichstagsliste an achter Stelle. Deutlicher kann das Mißtrauen, das man gegen seine Person hat, kaum zum Ausdruck kommen. Daß er mit unleugbarem Geschick Sachsen durch schwierige Zeiten hindurchgeführt, diese Anerkennung wurde ihm versagt. Er ist gehetzt worden, sein Amt als Ministerpräsident niederzulegen. Er ist das Opfer, das man den aufgeregten Massen bringt.

Durch diese Entwicklung der Dinge wird die Demokratische Partei Sachsens vor folgenschwere Entscheidungen gestellt. Soll sie sich weiter an der Regierung beteiligen? In der Sozialdemokratischen Fraktion ist ein Teil der Mitglieder dafür, ein rein sozialistisches Ministerium aufzustellen, ein andrer, weiter mit den Demokraten zusammenzugehen. Ein rein sozialistisches Kabinett kann mit Hilfe der Unabhängigen oder nur aus Mitgliedern der eigenen Partei gebildet werden. Die Unabhängigen lehnen es sicherlich ab, in das Kabinett einzutreten. Als kluge Taktiker ziehen sie es vor, das vielleicht erst nach den Wahlen zu tun. Geschähe es jetzt, so brauchte man sich eines dankbaren Agitationsmittels gegen die „Scheinsozialisten". Ein Kabinett, nur aus Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei bestehend, steht auf einer viel zu wenig breiten Grundlage. Stimmen einmal durch Zufall Unabhängige und bürgerliche Parteien zusammen, so käme es zu Fall. Kühle politische Ueberlegung wird also

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200423/1